KRANKENHAUS STATT FABRIK
bedarfsgerecht · gemeinwohlorientiert

Bündnis · Krankenhaus statt Fabrik · Karlsruhe

Im Dezember letzten Jahres fanden sich Beschäftigte aus dem Klinikum Karlsruhe, Angehörige von Gesundheitsberufen sowie engagierte Bürger und Patienten zusammen, um auch in Karlsruhe nach dem Vorbild in anderen Städten ein Bündnis zu gründen für die Beseitigung des immer prekärer werdenden Pflegenotstandes und für eine bedarfsgerechte, humane Gesundheitsversorgung der Menschen und eine am medizinischen Bedarf ausgerichtete Personalausstattung in allen Bereichen des Gesundheitswesens:

Das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik, Karlsruhe.

Angetrieben durch immer neue Meldungen von Personalmangel und völlig überlasteten Pflegekräften und Ärzten, ungenügender Betreuung auf den Stationen, verschobener Operationen etc., wendet sich das Bündnis gegen die Kommerzialisierung des Krankenhauses und des gesamten Gesundheitswesens, das vor allem in dem System der Krankenhausfinanzierung durch die sogenannten DRG's, oder Fallpauschalen, begründet ist. Nicht das, was medizinisch notwendig ist, wird den Krankenhäusern bezahlt, sondern das, was entsprechend den DRG's dotiert ist. Und dabei geht es darum, mit möglichst wenig Personal („Kostenfaktor") möglichst viel Geld zu verdienen. Krankenhäuser müssen unveräußerlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und keine „Fabriken", in denen Gewinne mit dem Leid der Menschen gemacht werden.

Deshalb fordern wir die Abschaffung der Fallpauschalen, der sog. DRG's. Wir fordern stattdessen eine bedarfsgerechte und vollständige Finanzierung der Krankenhäuser und ihres Personals, die sich allein an medizinischen Kriterien orientiert. Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung. Nur wenn es gelingt, die Arbeitsbedingungen und das Ansehen der Krankenhausbeschäftigten nachhaltig zu verbessern, auch durch bessere Bezahlung, wird sich der Teufelskreis von Stress und Personalnot abschaffen lassen.Und wir fordern die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und all ihrer Betriebsteile, in Karlsruhe die Rücküberführung des städtischen Klinikums von einer gGmbH in einen Eigenbetrieb.

Das Bündnis hat zunächst begonnen, das Bewusstsein für die tatsächlichen Zustände an Krankenhäusern einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dafür organisierte es gut besuchte Filmvorführungen des Filmes „Der marktgerechte Patient“, der bisher 3 Mal gezeigt wurde und von reger Diskussion begleitet war.

In einem Brief an alle Karlsruher Gemeinderäte vor der Kommunalwahl fragte das Bündnis die Position der Karlsruher Parteien und der Stadtverwaltung zu den aufgestellten Forderungen und insbesondere zur Rekommunalisierung/Zurückführung des in eine gGmbh ausgegliederten Klinikums in einen Eigenbetrieb der Stadt ab und warb bei diesen für die Unterstützung seiner Forderungen.

Bei den Mobilisierungen und den Aktivitäten zum 1. Mai in Karlsruhe warb das Bündnis durch Flugblattverteilungen für die Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung des DGB.

Bei der Auftaktkundgebung hielt eine Sprecherin des Bündnisses einen vielbeachteten Redebeitrag und bei der anschließenden Demonstration war das Bündnis mit mehreren Transparenten gut sichtbar. An einem im Rahmen der 1.Mai-Aktivitäten des DGB im Stadtgarten durchgeführten Infostand erhielt das Bündnis regen Zuspruch und es gelang, erste Kontakte auch zu Mitarbeitern anderer Krankenhäuser der Stadt (Vidia-Kliniken) zu knüpfen.

Dem Bündnis gelang es auch, den durch Deutschland ziehenden „Olympischen Brief“, jene kilometerlange Unterschriftenrolle für mehr Personal in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen, die der Gesundheitsministerkonferenz am 5. Juni in Leipzig übergeben werden soll, am 4. und 5. Mai nach Karlsruhe zu holen und sehr viele Unterschriften von Beschäftigten am Klinikum sowie Karlsruher Bürgern in der Innenstadt zu sammeln.

Für das Bündnis waren die ersten Monate ein hoffnungsvoller Anfang. Wir wollen und müssen aber weitermachen und mehr werden und unsere Aktivitäten noch steigern, damit unsere Ziele, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nicht als profitorientierte Wirtschaftsunternehmen zu betreiben, sondern als Einrichtungen der elementaren und menschenwürdigen Daseinsfürsorge, erreicht werden. Wir wissen, dass diese Forderungen einen breiten Konsens in der Bevölkerung haben, und wir arbeiten daran, dass dieses auch öffentlich zum Ausdruck kommt.

Mach mit, schließ‘ dich uns an, wir treffen uns aktuell 1 x im Monat, das nächste Mal am 6. Juni im ver.di-Haus, Rüppurrer Straße 1

Kontakt: clauwann@hotmail.de